

Soziale Absicherung von Selbstständigen stärken

Einpersonenunternehmen sowie kleine und mittlere Betriebe sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Sie sichern regionale Wertschöpfung, schaffen Arbeitsplätze und bilden Lehrlinge aus. Dennoch bestehen im System der sozialen Absicherung und in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Selbstständige nach wie vor strukturelle Hürden, die ihre wirtschaftliche Stabilität und Entwicklungsmöglichkeiten einschränken.

Selbstständige tragen hohe Verantwortung und sind in vielen Fällen von ihrem persönlichen Arbeitseinsatz abhängig. Krankheit, Unfall, Elternschaft oder Pflegeverpflichtungen können daher unmittelbare Existenzrisiken darstellen. Fehlende oder verspätet wirksame Leistungen, bürokratische Hürden und mangelnde Vertretungsmöglichkeiten schwächen die Resilienz vieler Betriebe. Besonders für Einpersonenunternehmen wirken bereits wenige Wochen Ausfall existenzbedrohend.

Zudem zeigt sich, dass Unternehmer:innen, insbesondere Frauen, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf häufig mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Fehlende ganztägige und leistbare Kinderbetreuungsangebote, nicht abgedeckte Randzeiten oder unflexible Strukturen führen zu eingeschränkter Erwerbstätigkeit, Umsatzverlusten und geringeren Wachstumschancen. Damit gehen wertvolle Potenziale für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt verloren.

Eine moderne Wirtschafts- und Sozialpolitik muss daher sicherstellen, dass Selbstständigkeit nicht mit einem erhöhten Risiko sozialer Unsicherheit oder struktureller Benachteiligung verbunden ist. Soziale Absicherung, Familienfreundlichkeit und Chancengleichheit sind zentrale Standortfaktoren, die Innovation, Gründung und Beschäftigung fördern.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Österreich stellt daher folgenden Antrag:

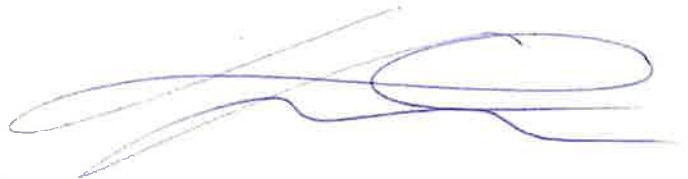
Die Wirtschaftskammer Österreich möge sich gegenüber den zuständigen Stellen dafür einsetzen,

1. dass Selbstständige einen unbürokratischen Anspruch auf Krankengeld direkt ab dem 4. Tag der Krankheit erhalten, und dass der Selbstbehalt bei einer medizinischen Konsultation ersatzlos gestrichen wird.

2. dass Leistungen wie Wochengeld, Betriebshilfe und Pflegeunterstützung in Höhe, Zugang und Abwicklung verbessert und vereinheitlicht werden,
3. dass Kinderbetreuungsangebote flächendeckend, ganztägig und leistbar ausgebaut werden und ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr geschaffen wird,
4. dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrale Standortfrage in allen wirtschaftspolitischen Strategien der Wirtschaftskammer verankert wird.



Marko Fischer
SWV-Fraktionsvorsitzender
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



Mag. Bernd Hinteregger
SWV-Präsident
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Thomas Schaden
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich